

**Denise Wein**

# **Hintergründe der geringen Konvergenz europäischer Sozialpolitiken**

**Bachelorarbeit**

 **BACHELOR  
MASTER**  
Publishing

**Wein, Denise: Hintergründe der geringen Konvergenz europäischer Sozialpolitiken.  
Hamburg, Bachelor + Master Publishing 2014**

Originaltitel der Abschlussarbeit: Hintergründe der geringen Konvergenz europäischer Sozialpolitiken

Buch-ISBN: 978-3-95684-409-6

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95684-909-1

Druck/Herstellung: Bachelor + Master Publishing, Hamburg, 2014

Covermotiv: © Kobes - Fotolia.com

Zugl. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel, Deutschland, Bachelorarbeit,  
Dezember 2011

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Bachelor + Master Publishing, Imprint der Diplomica Verlag GmbH  
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg  
<http://www.diplomica-verlag.de>, Hamburg 2014  
Printed in Germany

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2. Sozialpolitiken auf europäischer Ebene</b>	<b>3</b>
<b>3. Methode der offenen Koordinierung</b>	<b>5</b>
<b>4. Wohlfahrtsregime nach Esping – Andersen</b>	<b>7</b>
4.1. Liberaler Wohlfahrtsstaat	8
4.2. Sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat	8
4.3. Konservativer Wohlfahrtsstaat	9
4.4. Kritik	9
4.5. Erweiterungen	10
<b>5. Vergleichende Betrachtung</b>	<b>11</b>
5.1. Gesundheitspolitik	12
5.1.1. Dänemark	12
5.1.2. Deutschland	14
5.1.3. Großbritannien	15
5.1.4. Italien	17
5.2. Arbeitsmarktpolitik	19
5.2.1. Dänemark	19
5.2.2. Deutschland	21
5.2.3. Großbritannien	23
5.2.4. Italien	25
5.3. Altersversorgung	27
5.3.1. Dänemark	27
5.3.2. Deutschland	29
5.3.3. Großbritannien	31
5.3.4. Italien	32
5.4. Zusammenfassung	34
<b>6. Begründung von Konvergenz und Divergenz</b>	<b>38</b>
<b>7. Schlussbemerkungen</b>	<b>40</b>
<b>8. Anhang</b>	<b>41</b>
8.1. Gesundheitspolitik	42
8.2. Arbeitsmarktpolitik	46
8.3. Altersversorgung	52
<b>9. Literaturverzeichnis</b>	<b>56</b>



## 1. Einleitung

"Wir müssen die Herausforderungen im sozialen Bereich und bei der Beschäftigung früher entgegentreten, anstatt zuzusehen, dass sich die Unterschiede innerhalb der EU weiter vertiefen" (EU-Sozialkommissar Laszlo Andor am 02.10.2013 in Brüssel)

Wie Herr Andor macht sich die EU – Kommission immer wieder für eine gemeinsame Sozialpolitik stark, und auch im diesjährigen Bundestagswahlkampf der CDU war „gemeinsam“ das große Schlagwort. Zwar war im deutschen Wahlkampf die EU-Politik nur am Rande erwähnt wurde, so ist doch mit Blick auf Frau Merkels bisheriges Wirken und Reden eindeutig dass auch sie ähnliche Pläne für Europa hegt wie die Herren Lazlo und Barroso.

Tatsächlich gibt es seit Ende der 1990er Jahre konkrete Pläne für eine Angleichung der Sozialpolitiken zwischen den EU-Staaten. Es bedarf keiner aufwendigen wissenschaftlichen Recherche um herauszufinden, dass sich in den vergangenen 13 Jahren nicht viel in diesem Bereich getan hat.

Die vorliegende Arbeit hat zur Aufgabe die Annäherungen auf diesem Gebiet zu untersuchen und Hintergründe für ihren zögerlichen Verlauf zu ermitteln.

Diesem Ziel wird sich die Arbeit mit einer vergleichenden Betrachtung nähern. Hierfür dienen Daten der OECD und Eurostat als Grundlage für grafische Auswertungen, welche vor allem der Verdeutlichung der zeitlichen Entwicklung dient. Als theoretische Grundlage dienen die Dokumente der Europäischen Kommission sowie Kategorisierung von Wohlfahrtsregimen nach Esping-Andersen.

In diesem Sinne wird zunächst einmal, in Kapitel 2, betrachtet werden, welche Stellung eine gemeinsam Sozialpolitik überhaupt in den europäischen Dokumenten einnimmt. Hierbei wird vor allem die Lissabon-Strategie, weniger die aktuelle Europa 2020-Strategie, da es hierfür noch keine nachvollziehbaren Ergebnisse gibt. Ferner wird europäische Beschäftigungsstrategie besondere Erwähnung finden, da sie den Grundstein für eine europäische Zusammenarbeit in einem sozialen Politikbereich gelegt hat.

Nachfolgend wird in Kapitel 3 detaillierter auf die angewandte Methode eingegangen werden, um zu erkennen „wie“ die Angleichung der Politiken stattfinden soll und inwiefern die zugrunde liegenden Politikprozesse supranational koordiniert werden.

Anschließend wird eine klassische Kategorisierung von Sozialpolitiken nach Gøsta Esping-Andersen vorgestellt, mit dem Ziel diese für einen nachfolgenden Vergleich zu nutzen. Da Esping-Andersen Betrachtung aus dem Jahr 1980, und damit weit vor der Entwicklung gemeinsamer Leitlinien, soll hier noch eine kurze Literaturbetrachtung hinzugefügt werden.

Der Hauptteil dieser Arbeit ist eine vergleichende Betrachtung, welche sich repräsentativ mit der Sozialpolitik in den vier europäischen Staaten Deutschland, Italien, Großbritannien und Dänemark befassen wird. Hierfür werden drei Sozialpolitikbereiche mit Fokus auf Verfahrens- und Ergebniskonvergenz (nach Fehmel 2012:1) verglichen. Die gewählten Politikbereiche sind Arbeitsmarktpolitik, Altersversorgung und Gesundheitspolitik. Jeder dieser Bereiche steht in besonderer Weise an den Arbeitsmarkt gekoppelt. Diese Auswahl wurde getroffen, da Sozialpolitiken ursprünglich dem Schutz der Arbeitenden dienten und gleichzeitig auf eine möglichst hohe Zahl selbiger angewiesen. Folglich sollte die arbeitende Bevölkerung die Hauptzielgruppe der Sozialpolitiken darstellen, auf europäischer Ebene gilt dies insbesondere, da hier vor allem die Beschäftigung als staatsübergreifend relevant angesehen wird.

Betrachtet wird zunächst jeder Politikbereich in jedem Land für sich, allerdings unter Zuhilfenahme von Länderübergreifenden grafischen Analysen, welche zusätzlich einen länderübergreifenden Vergleich des Politikbereichs ermöglichen.

Abschließend werden die Betrachtungen aus Kapitel 5 mit den vorherigen theoretischen Ausführungen verknüpft, in dem die untersuchten Indizes den Esping-Anderschen Wohlfahrtsregimen zugeordnet und Entwicklungen auf Strategie und Methode zurückgeführt werden.

## 2. Sozialpolitiken auf europäischer Ebene

Da die Europäische Gemeinschaft, und später die Europäische Union zunächst ausschließlich das Erreichen des gemeinsamen Binnenmarktes zum Ziel hatten, war die Sozialpolitik, und mit ihr die Beschäftigungspolitik, lange Zeit kein Thema auf der europäischen Agenda. Zunächst einmal wurden sozialpolitische Themen nur behandelt insofern sie den gemeinsamen Markt gefährdeten jedoch kaum darüber hinaus. Erst 1993 wurde die Beschäftigung in Europa, und damit ein sozialpolitischer Bereich, zum ersten Mal Bestandteil eines EU-Dokumentes.

„Auf Grundlage des von der Kommission vorgelegten Weißbuchs, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung‘ einigte sich der Europäische Rat in Essen (1994) auf ein Verfahren, das bereits den Kern der späteren OMK [<sup>1</sup>] enthielt: Die Vereinbarung gemeinsamer Ziele, die Überwachung und Bewertung der Umsetzung anhand einheitlich definierter Indikatoren und den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten.“ (Schafer 2006:541)

Mit dieser Beschäftigungsstrategie war der Grundstein für eine zukünftige Zusammenarbeit in den Sozialpolitiken, über den Binnenmarkt hinaus, geschaffen.

Angesichts steigender Beschäftigungsquoten, die allgemein der erfolgreichen Beschäftigungsstrategie zugerechnet wurden, sprachen sich vor allem die sozialdemokratisch regierten Staaten für eine gemeinsame Problemlösung aus, während vor allem die deutsche Regierung starke Vorbehalte gegen eine weitere Kompetenzerweiterung der EU hatte. Ergebnis der Debatte war die „Lissabon-Strategie, die „wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Fortschritt verbinden sollte“ (Schafer 2006:540) mit dem Ziel, wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Die Beschäftigungsstrategie wurde in die Lissaboner Strategie integriert und es gehörten nun weitere sozialpolitische Themen zum europäischen Gesprächsfeld, wobei die neu aufgenommenen Politikfelder hauptsächlich eine Unterstützung oder Vertiefung der Beschäftigungsstrategie darstellen. Es folgten weitere Leitgedanken, welche unter Anwendung der bereits bekannten, nun offenen Methode der Koordinierung genannten, Vorgehensweise erreicht werden sollten. Die Auswahl der Methode erfolgte vorwiegend unfreiwillig, die Weigerungen der Staaten zur weiteren Kompetenzabgabe ermöglichte nur eine derartig lockere Zusammenarbeit.

Von Beginn an gab es kritische Standpunkte bezüglich der Lissabon- und der Beschäftigungsstrategie, zum einen waren sie nach wie vor der Erreichung des Bin-

---

<sup>1</sup> OMK = offene Methode der Koordinierung